



**CeGE** - Centrum für Globalisierung  
und Europäisierung der Wirtschaft,  
Georg-August-Universität Göttingen

# CeGE- report

**Juni 2005**

## **CeGE** – Symposium „Globalisierung in kritischer Diskussion“

In einer Zeit wieder aufkommender Kapitalismuskritik stehen auch die Hauptwege der Globalisierung – ein unbeschränkter Außenhandel und freier internationaler Kapitalverkehr – nicht mehr überall hoch im Kurs. Man scheint heute oft mehr Verlierer als Gewinner der Globalisierung zu kennen. Dies zum Anlass nehmend, hatte das **CeGE** am 10. Juni 2005 zu einem Symposium an die Georgia-Augusta nach Göttingen eingeladen, um die wesentlichen Themen in der Globalisierungsdebatte aufzugreifen und aus verschiedenen Sichtweisen zu diskutieren.

In ihren einführenden Worten machte Prof. Renate Ohr (Direktorin des **CeGE**) dabei deutlich, dass die Globalisierungsdiskussion viel mit der für das Wirtschaftssystem und für das Wirtschaftsverständnis grundlegenden Frage zu tun hat, ob mehr Markt oder mehr Staat gewünscht wird, mehr Eigenverantwortung oder mehr Staatsinterventionismus.

Der vormittägliche Teil des Symposiums war sodann den Chancen und Risiken einer globalisierten Arbeitsteilung gewidmet. In seinem Eröffnungsvortrag setzte sich Prof. Wilhelm Kohler (Universität Tübingen) mit den Wohlfahrts- und Beschäftigungswirkungen von Outsourcing auseinander. Ihm folgend, äußerte sich Prof. Rolf Langhammer (Vizepräsident des IfW Kiel) zu der Frage, inwiefern die Globalisierung die Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer verändere. Er kam dabei u.a. zu dem Ergebnis, dass die Globalisierung auch für Entwicklungsländer längst Realität sei und ihnen eine Vielzahl an neuen Chancen und Möglichkeiten eröffnen könne, z.B. in Form eines leichteren und billigeren Zugangs zu neuem Wissen und Kapital. Im Anschluss daran bezog Prof. Norbert Berthold (Universität Würzburg) zu den Herausforderungen deutscher Politikgestaltung in Zeiten der Globalisierung Stellung.

Den Expertenvorträgen folgte eine anregende und zum Teil kontroverse Podiumsdiskussion, an der neben den oben erwähnten Referenten auch Martin Gertenbach (Vorsitz. DGB Süd-Niedersachsen) sowie Dr. Joachim Kreuzburg (Vorstandssprecher Sartorius AG) teilnahmen. Unter der Moderation von Prof. Stephan von Cramon-Taubadel (**CeGE**) hob Martin Gertenbach im wesentlichen die Risiken einer zunehmenden Globalisierung hervor und forderte eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit in Deutschland. Demgegenüber vertraten die restlichen Teilnehmer der Podiumsdiskussion den Standpunkt, die voranschreitende Globalisierung eher als Chance zu begreifen und forderten, wie z.B. Dr. Kreuzburg, eine stärkere Konzentration deutscher Unternehmen auf Produkt- und Prozessinnovationen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.



Die Podiumsdiskussion am Nachmittag: Das Für und Wider der Tobinsteuer in kritischer Diskussion, moderiert von Herrn Methfessel (Mitte).

Der nachmittägliche Teil des Symposiums wandte sich den Chancen und Risiken globalisierter Finanzmärkte zu. Zunächst befasste sich Prof. Lukas Menkhoff (Universität Hannover) mit der Fragilität internationaler Finanzmärkte, wobei er diese anhand möglicher Gründe mangelnder Selbststabilisierung auf den Devisenmärkten illustrierte. Bubbletendenzen, Kurzfristorientierung der Akteure und systematische Erwartungsfehler in den Prognosen wurden dabei thematisiert. Anschließend nahm Prof. Michael Frenkel (WHU Koblenz) zur Effizienz von Devisenmarktinterventionen Stellung, wobei er insbesondere Interventionen der Federal Reserve Bank und der Bank of Japan analysierte. Es folgte ein Referat von Prof. Volker Clausen (Universität Duisburg-Essen), der die Entwicklung des Dollar während der letzten Jahrzehnte und insbesondere die Perspektiven seiner Rolle als Anker der Weltwirtschaft darstellte.

Wie auch am Vormittag, folgte im Anschluss an die Expertenvorträge eine teils kontroverse Podiumsdiskussion, an der als weitere Gäste Prof. Norbert Walter (Chefvolkswirt Deutsche Bank) sowie Peter Wahl von ATTAC teilnahmen. Unter der Leitung von Moderator Klaus Methfessel (stellv. Chefredakteur Wirtschaftswoche) diskutierten die Teilnehmer u.a. das Für und Wider einer Tobinsteuer, deren mögliche Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte sowie die Konsequenzen einer langfristigen prognostizierten Dollarabwertung auf die Realwirtschaft.

Insgesamt erhielten die zahlreichen, auch studentischen, Zuhörer im Rahmen des rundum gelungenen Symposiumstages ein facettenreiches Bild der aktuellen Globalisierungsdiskussion.

Sascha Wolff, **CeGE**

### Inhalt:

<b>CeGE</b> – Symposium: „Globalisierung in kritischer Diskussion“	S. 1
Kommentar: Überlegungen zum EU-Beitritt der Türkei: Alte Versprechen sind noch einzulösen	S. 2
Kommentar: Eine Analyse des staatlichen Wettbewerbs um ausländische Investitionsprojekte	S. 3
<b>CeGE</b> -Intern	S. 4

## Kommentar

### **Überlegungen zum EU-Beitritt der Türkei: Alte Versprechungen sind noch einzulösen**

In der Diskussion um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Herbst 2004 wurden vorwiegend politische Aspekte angesprochen. Politisch – so die Argumentation – sei die Verhandlungsaufnahme aufgrund alter Versprechungen nicht mehr aufschiebbar. Zudem sei die Türkei als NATO-Staat ein interessanter strategischer Partner. Außerdem könne eine in Europa integrierte islamisch-demokratische Türkei als Vorbild und Modell für die muslimische Welt dienen. Und schließlich sah man die Türkei als Brückenkopf und Transportumschlagplatz in den Mittleren Osten und nach Asien an. Am 17. Dezember 2004 entschieden sich daher die EU-Regierungschefs – basierend auf der Empfehlung der EU-Kommission – zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Der endgültige Auftakt der Beitrittsverhandlungen soll am 3. Oktober 2005 erfolgen.

Zwar machten der Europäische Rat ebenso wie das Gutachten der EU-Kommission klar, dass die Einhaltung der politischen Kopenhagenkriterien – wie Fortschritte bei der Demokratisierung, Unabhängigkeit der Justiz, faire Berufungsverfahren, Recht auf anwaltlichen Beistand, Verbesserungen in der Meinungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit sowie die Achtung der Menschenrechte und der Schutz von Minoritäten – aufmerksam verfolgt werden würde und dass auch die Beitrittsverhandlungen selbst ein ergebnisoffener Prozess sein würden. Streng genommen können die politischen Beitrittsvoraussetzungen jedoch noch nicht als erfüllt betrachtet werden. Auch das Türkei-Zypern Problem bleibt ungelöst. Die griechisch-zypriotische Regierung ist noch nicht von der Türkei anerkannt worden.

Ungeachtet der politischen Reformdefizite und der politischen Reformfortschritte, die die Türkei in den letzten Jahren auf den Weg brachte, hätte man aber die ökonomische Zusammenarbeit mit der Türkei, die ihre Grundlage im Ankara-Vertrag von 1963 hat, gerade in den 1990er Jahren verstärken können und spätestens zwischen 2000 und 2004 durch ein umfassendes Freihandelsabkommen krönen können. Zahlreiche Freihandelsabkommen wurden in dieser Zeit auf den Weg gebracht oder sind dabei, abgeschlossen zu werden (EU-Mexiko, EU-Chile, EU-MERCOSUR).

Die Ausgrenzung der Türkei in den Freihandelsgesprächen wirkt umso befremdlicher, als die Überlegungen zur Schaffung einer Zollunion (!) zwischen der Türkei und der EU auf das Jahr 1963 (Ankara Vertrag) zurückgehen. Auch wenn am 1.1.1996 ein Zollunionsvertrag zwischen Ankara und Brüssel besiegelt wurde, so handelt es dabei um eine unvollständige Zollunion. Die bestehende Türkei-EU Zollunion umfasst nur Industriegüter und hochgradig weiterverarbeitete landwirtschaftliche Produkte, nicht aber türkische landwirtschaftliche Standardprodukte wie Gemüse und Obst, getrocknete Früchte, geröstete Nüsse und eingedostes Gemüse und Obst und auch nicht Eisen und Stahl. Auch der für die Türkei sehr wichtige Export von Textilien und Kleidung unterlag bis zum 1.1.2005 (Ende des Multifaserabkommens) zahlreichen Beschränkungen. Gerade die soeben genannten Sektoren sind nun aber Schlüsselsektoren der türkischen Exportwirtschaft, was ihre Struktur und Dynamik auf-



Dr. Felicitas Nowak – Lehmann D.

grund komparativer Vorteile anbelangt. Der Textilsektor hatte den höchsten Exportanteil in die EU (ca. 10 % in 2002) und konnte im Zeitraum von 1988-2002 mit durchschnittlichen Wachstumsraten von rund 15 % ein kräftiges Wachstum verbuchen. Allerdings könnte der Wettbewerb aus China das Erreichen dieser Wachstumsraten für die Zukunft in Frage stellen. Auch die Eisen- und Stahlexporte sind für den türkischen Export von Wichtigkeit. Der Exportanteil in die EU lag 2002 um die 5 %, und die jährlichen Wachstumsraten betrugen im Zeitraum 1988-2002 fast 30 %.

Von den landwirtschaftlichen Exporten sind die Exporte von Gemüse, Obst und Nüssen und deren Derivate von herausragender Bedeutung, allerdings lässt ihre Dynamik zu wünschen übrig. In den letzten Jahren gab es in diesem Bereich deutliche Steigerungen in den Wachstumsraten, bedingt durch Bewässerungsprogramme und Förderprogramme des türkischen Staates. Dennoch verhinderten die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) und der damit verbundene Agrarprotektionismus eine bessere Positionierung der türkischen Agrarprodukte auf dem EU-Markt. Man schätzt – trotz Zollpräferenzsystem für die Türkei – den durchschnittlichen Importzoll bei Gemüse und Obst auf ca. 12% und bei verarbeiteten Nahrungsmitteln auf 25 %. Diese hohen Werte entstehen durch die Existenz von spezifischen Zöllen, von saisonalen Zöllen und durch das Eintrittspreissystem, das 1995 in der WTO unter bestimmten Bedingungen als legitim anerkannt wurde. Das Eintrittspreissystem wirkt wie ein Zoll, wenn der Eintrittspreis z. B. der Türkei unter dem EU-Preis liegt. Im Falle des Türkei-EU-Handels sind 11 Fruchtarten und 4 Gemüsesorten von diesem Schutzsystem betroffen. Ein Abbau dieser Zollprotektion würde nach unseren Berechnungen das Niveau der türkischen Gemüseexporte um ca. 14 %, das der Obstexporte um ca. 12,5 % und das der Exporte von verarbeiteten Obst und Gemüse um ca. 38,5 % anheben. Ebenso würde ein Abbau der Zölle im Eisen- und Stahl- sowie im Textilbereich, wo die Zölle bei ca. 3 % bzw. ca. 10 % liegen, leichte Steigerungen des Exportniveaus zwischen 1,2 % und 7,2 % ermöglichen. Unabhängig von der Diskussion um einen EU-Beitritt sollten zumindest existierende Freihandelsversprechungen eingelöst werden.

Dr. Felicitas Nowak-Lehmann D., *CegE* und Dipl. Volkswirt  
Dierk Herzer

## **Kommentar**

### ***Eine Analyse des staatlichen Wettbewerbs um ausländische Investitionsprojekte***

Viele Länder bieten ausländischen Unternehmen beachtliche Subventionen für die Durchführung von Investitionsprojekten (z.B. USA 2002: 118 Mio. \$ für Hyundai, oder Deutschland 1996: 6,8 Mrd. \$ für Dow Chemicals). Das Streben der verschiedenen Länder, ausländische Investitionsprojekte für ihren Standort zu gewinnen, hat zu einem staatlichen Wettbewerb um ausländische Investitionsprojekte geführt, in dessen Rahmen sich nicht nur nationale Regierungen, sondern auch die Regierungen einzelner Bundesländer oder Bundesstaaten gegenseitig überbieten. Angesichts des Ausmaßes der staatlichen Subventionen stellen sich drei Fragen: Warum subventionieren die verschiedenen Staaten und staatlichen Ebenen ausländische Investitionsprojekte? Wer "gewinnt" diesen Wettbewerb? Welchen Einfluss haben die staatlichen Gebote auf die Standortentscheidungen der multinationalen Unternehmen?

Viele Staaten erhoffen sich von ausländischen Direktinvestitionen Zugang zu Know-how und besseren Technologien durch so genannte Spillover. Dies trifft besonders für Entwicklungs- und Schwellenländer zu. Am einfachsten funktioniert dieser Wissenstransfer durch die Demonstration elementarer Strategien durch das ausländische Unternehmen, die dann von den heimischen Unternehmen "abgeguckt" und kopiert werden können. Das ausländische Unternehmen kann jedoch auch gezielt Know-how im Rahmen von Geschäftsbeziehungen mit heimischen Unternehmen transferieren. So haben z.B. japanische Unternehmen viele Zulieferer an ihren ausländischen Standorten mit Total Quality Management und Lean Production vertraut gemacht. Und schließlich bilden multinationale Unternehmen ihre Arbeitskräfte im Gastland aus, und diese Ausbildung kommt im Falle eines Arbeitsplatzwechsels auch lokalen Unternehmen zu Gute. Diese Spillover-Effekte sind jedoch schlecht quantifizierbar, und ihre empirische Relevanz ist nicht unumstritten.

Am stärksten werden in der Öffentlichkeit die Beschäftigungseffekte der Investitionsprojekte hervorgehoben. Wenn im Ziel-land des Investitionsprojektes Arbeitslosigkeit herrscht, dann hat der dortige Staat einen Anreiz, ausländische Investitionen in Hinblick auf mögliche Beschäftigungszuwächse zu subventionieren. Des Weiteren kann durch die lokale Präsenz der ausländischen Unternehmen und der damit einhergehenden Reduktion der Transportkosten mit niedrigeren Preisen für die entsprechenden Güter gerechnet werden, so dass die heimischen Konsumenten besser gestellt werden. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn durch die Verbesserung des Wettbewerbs auch die Preise für heimische Importsubstitutionsgüter fallen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass durch diesen Wettbewerb auch die Marktanteile und die Gewinne inländischer Unternehmen fallen können. Dieser Effekt reduziert den Anreiz zur Subventionierung zum Schutz der inländischen Unternehmen.

Die verschiedenen Anreize zur Subventionierung ausländischer Direktinvestitionen verdeutlichen die Vorteile, die sich ein Land oder eine staatliche Ebene von diesem Projekt erhoffen. In quantifizierter Form können sie daher auch als eine Art staatliche Zahlungsbereitschaft für dieses Projekt interpretiert werden. Je größer diese Vorteile sind, desto höher kann das staatli-



Dr. Carsten Eckel

che Subventionsangebot ausfallen. Die Subvention allein entscheidet aber noch nicht über die tatsächliche Standortentscheidung der multinationalen Unternehmen. Neben der Subvention betrachten die multinationalen Unternehmen natürlich auch die anderen Standortfaktoren. Dabei sind niedrige Produktionskosten, große Absatzmärkte sowie hohe Marktmacht entsprechende Standortvorteile. Die Summe von Subventionsgeboten und Standortvorteilen entscheiden dann über die tatsächliche Standortentscheidung des multinationalen Unternehmens.

Eine neuere Studie (Bjorvatn/Eckel, "Policy competition for foreign direct investment between asymmetric countries") hat gezeigt, dass die staatlichen Subventionen nicht unbedingt einen Einfluss auf die Standortentscheidung der Unternehmen haben. Dies ist dann nicht der Fall, wenn ein Land mit großen Standortvorteilen auch eine große Zahlungsbereitschaft aufweist, so dass das ausländische Unternehmen sowohl mit als auch ohne Subventionszahlungen dieselbe Standortentscheidung treffen würde. Große Länder z.B. bieten große Absatzmärkte für ausländische Unternehmen und haben selbst Vorteile aus niedrigeren Preisen, wenn die ausländischen Investoren kommen. In diesem Fall ist die Subvention lediglich ein Mitnahmegewinn für das multinationale Unternehmen. Auf der anderen Seite haben z.B. Länder mit niedrigen Löhnen zwar einen großen Standortvorteil, aber auch nur einen geringen Anreiz zur Subventionierung der Beschäftigung. In diesem Fall können die Subventionen anderer Länder mit anderen Standortvorteilen eine Umleitung der ausländischen Investition bewirken. Die Studie zeigt jedoch, dass der staatliche Wettbewerb um Investitionsprojekte einen positiven Allokationseffekt hat: Die Gesamtwohlfahrt (Nettovorteile der Länder plus Gewinne der multinationalen Unternehmen) steigt, wenn neben den Standortvorteilen auch der Nutzen der Empfängerländer, ausgedrückt durch ihre Zahlungsbereitschaft, berücksichtigt wird.

Staatlicher Wettbewerb um internationale Investitionsprojekte kann somit die Standortentscheidung multinationaler Unternehmen beeinflussen und verbessert in diesem Fall die Allokation. Da Mitnahmeeffekte nicht verhindert werden können, werden jedoch neue verteilungspolitische Fragen sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den öffentlichen Verwaltungen und den multinationalen Unternehmen aufgeworfen.

Dr. Carsten Eckel, Volkswirtschaftliches Seminar und eGE



## CeGE-Intern:

### Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“

- Vom 7. - 9. April 2005 fand der von Prof. Dr. Gerhard Rübel und Dr. Carsten Eckel in Kooperation mit dem CeGE organisierte 7. Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ wieder in Göttingen statt. 47 Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland nutzten die Möglichkeit, ihre neuesten Forschungsergebnisse aus dem Fachgebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik vor interessiertem Publikum vorzutragen. Die sich jedes Jahr wiederholende Veranstaltung bietet ein zwangloses Forum, um gegebenenfalls auch „work in progress“ vor fachkundiger Zuhörerschaft vorzustellen und zu diskutieren. Göttinger Ökonomen erhalten zugleich die Gelegenheit, sich direkt vor Ort in einem differenzierten und anspruchsvollen Programm über die neuesten Entwicklungen im Forschungsgebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu informieren.

Einige der im Rahmen des Workshops vorgestellten Referate können bereits auf der CeGE-Homepage als Diskussionspapiere abgerufen werden.

### Diskussionspapiere

- Auf der CeGE-Homepage liegen sechs neue CeGE-Diskussionspapiere zum Download bereit. In Beitrag Nr. 40 erörtert **Bodo Herzog** die Frage „Why do bigger countries have more problems with the Stability and Growth Pact?“. Der Untersuchungsgegenstand in Beitrag Nr. 41 ist „International Monetary Policy Coordination“, dargestellt von **Michael Carlberg**. In Beitrag Nr. 42 beschäftigt sich **Jens Südekum** mit der Frage „Does the Home Market Effect arise in a three country model?“. Das Gemeinschaftsprojekt „Turkey and the Ankara Treaty of 1963: What can Trade Integration do for Turkish Exports?“ unter der Leitung von **Felicitas Nowak-Lehmann D.** ist in Beitrag Nr. 43 erschienen. **Kurt A. Hafner** untersucht in Beitrag Nr. 44 „International Patent and Technology Diffusion“. Untersuchungsgegenstand in Beitrag Nr. 45 ist „International trade, flexible manufacturing and outsourcing“, dargestellt von **Carsten Eckel**. In Beitrag Nr. 46 diskutieren **Jörn Kleinert** und **Farid Toubal** „Gravity for FDI“.

### Sonstiges

- **Prof. Amartya K. Sen** erhält am 7. Juli 2005 von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen aufgrund seiner Verdienste um die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaften, insbesondere auf den Gebieten der Entwicklungsökonomik und der Wohlfahrtsökonomik die Würde eines Doktors h.c. der Wirtschaftswissenschaften. Der Vorschlag für die Ehrendoktorwürde wurde von **Prof. Stephan Klasen Ph.D., CeGE** unterbreitet, der selbst Schüler von Prof. Sen war und bei ihm 1994 promovierte.

#### Impressum:

**Herausgeber:** Centrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen  
Email: [cege@uni-goettingen.de](mailto:cege@uni-goettingen.de), Tel. 0551 / 39 70 91, Fax 0551 / 39 70 93, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr, Web-Site: [www.cege.wiso.uni-goettingen.de](http://www.cege.wiso.uni-goettingen.de)  
**Redaktion:** Prof. Dr. Renate Ohr

**Layout:** Susanne Lechner      **Druck:** GWDG, Göttingen

- Im Rahmen des CeGE-Forschungskolloquiums in Kooperation mit der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse wird **Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup** (Vorsitzender des Sachverständigenrates) am 14. Juli 2005 zum Thema „Reformbilanz Deutschland“ referieren. Die öffentliche Veranstaltung findet um 16.15 Uhr im ZHG 101 statt.
- **J-Prof. Dr. Michael Grimm, CeGE** hielt am 01.06.2005 seine Antrittsvorlesung zum Thema: „Ungleichheit versus Mobilität. Implikationen für die Messung von Pro-poor Growth.“
- Im Vahlen Verlag ist folgende neue Veröffentlichung von **Prof. em. Dr. rer. pol. Hermann Sautter, CeGE** erschienen: Hermann Sautter, Weltwirtschaftsordnung. Die Institutionen der globalen Ökonomie, München 2004.
- **Frau Prof. Dr. Renate Ohr, CeGE** ist im Rahmen der Jahrestagung 2005 in Marburg zur neuen Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik gewählt worden.
- **Dipl.-Vw. & Msc. Fin. Econ Sascha Wolff**, der seine Abschlüsse in Regensburg und Leicester erworben hat, ist seit 1. April 2005 Mitarbeiter am CeGE.

### Gäste am CeGE

- Seit Anfang Juni 2005 ist **Rebecca Neumann Ph.D**, Assistant Professor an der University of Wisconsin – Milwaukee, im Rahmen des Fulbright Senior Specialists Program am CeGE als Gastprofessorin tätig. Frau Neumann, die ihre Abschlüsse in Australien und den USA erworben hat, konzentriert sich in der Lehre und Forschung auf Fragen aus den Bereichen der Internationalen Wirtschaft, der Makroökonomie und der Währungstheorie. Während ihres 6-wöchigen Aufenthaltes in Göttingen bietet sie zwei Lehrveranstaltungen an: Eine Vorlesung „International Finance“ für Studenten des Masterstudienganges Internationale Wirtschaft und ein Doktorandenseminar „Issues in Financial Market Liberalization and Integration“. Im Rahmen des CeGE-Forschungskolloquiums hält sie am 16. Juni 2005 einen Vortrag über das Thema „Explaining the Trend and the Diversity in the Evolution of the Stock Market“. Im Bereich der Forschung möchte Frau Neumann während ihres Aufenthaltes insbesondere die Europäische Integration unter dem Gesichtspunkt veränderter Kapitalmärkte und -ströme untersuchen.



Prof. Rebecca Neumann, Ph.D.

### Internationale Forschungskooperation

- Im Rahmen einer Forschungskooperation mit **Dr. Carsten Eckel, CeGE** hielt sich **Dr. Hartmut Egger** von der Universität Zürich und dem Leverhulme Centre for Research on Globalisation and Economic Policy (GEP), Nottingham, am CeGE auf. Untersuchungsgegenstand ist der Einfluss gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht auf die Internationalisierungsstrategien von Firmen. Während seines Aufenthaltes hielt Hartmut Egger am 9. Juni einen Vortrag im CeGE-Forschungskolloquium zum Thema "Internationale Fragmentation: Ein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit?"